Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 73 (1981)

Heft: 7-8

Artikel: Die Rolle der Gewerkschaften in der Entwicklungspolitik

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355051

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Rolle der Gewerkschaften in der Entwicklungspolitik*

An der IBFG-Konferenz über «Die Rolle der Gewerkschaften in der Entwicklungspolitik», die vom 18. bis 20. März in Neu Delhi getagt hat, kamen Gewerkschafter aus der ganzen Welt zusammen, um über Aktionen im Zusammenhang mit Entwicklungsfragen zu diskutieren. Unter Zugrundelegung des IBFG-Überblicks über die Weltwirtschaftslage 1981 hat die Konferenz folgende Absichtserklärung verabschiedet.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise, die sich, wenn die Regierungen nicht rasch zur Tat schreiten, noch weiter verschärfen wird. Ohne konzentrierte Dringlichkeitsmassnahmen wird sich die bereits unerträgliche Armut von 800 Millionen Menschen in der Entwicklungswelt noch weiter verschlimmern. Die Arbeitslosigkeit wird im Norden wie im Süden zunehmen und soziale und politische Spannungen und Konflikte in den Nationen und zwischen ihnen verschärfen. Eine Steigerung der gewaltigen Zahl von Arbeitslosen im Süden droht zu einer Explosion katastrophalen Ausmasses zu führen.

Doch brauchen diese katastrophalen Aussichten nicht Wirklichkeit zu werden. Es gibt eine Alternative. Sie liegt in der Annahme der Konzeption von «einer Welt», die zu einer integrierten globalen Strategie für eine ausgeglichene Entwicklung führt. Sie erfordert einen Wandel in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Industriestaaten, wirksamere Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen im Süden, einen massiven Transfer von Finanzmitteln in die Entwicklungsländer, eine globale Energieabsprache, Reformen am internationalen Währungssystem – kurz gesagt, eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialordnung.

Die IBFG-Weltkonferenz über «Die Rolle der Gewerkschaften in der Entwicklungspolitik» stellt die Verpflichtung freier und demokratischer Gewerkschaften zur internationalen Zusammenarbeit für die ausgewogene Entwicklung dar. Armut in einem Gebiet der Welt bedeutet eine Gefahr für den Wohlstand überall in der Welt. Den Gewerkschaften obliegt es, auf ein Wirtschaftswachstum in der ganzen Welt, sozialen Fortschritt und die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich sowohl in wie auch zwischen den Nationen hinzuarbeiten. Das starke gegenseitige Interesse der Arbeitnehmer im Süden wie im Norden an einem Programm für eine ausgewogene globale Entwicklung hat der IBFG immer herausgestellt – tatsächlich ist diese Konzeption die Rechtfertigung für unser Bestehen. Wir freuen uns, dass dieses Thema in dem Brandt-Bericht so eingehend behandelt worden ist.

* Übernommen von «Freie Gewerkschaftswelt», Heft 2/1981, herausgegeben vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)

Hauptelemente eines Globalprogramms für ausgewogene Entwicklung

- Die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung beruhend auf den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit, des Organisierungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhandlungen.
- Reform des internationalen Währungssystems, einschliesslich eines massiven Transfers von Finanzressourcen an Entwicklungsländer, Senkung des Zinssatzes und multilaterales Recycling der Überschüsse aus den Ölexporterlösen.
- Ein globales Energieprogramm, das folgende Punkte umfassen sollte: ein Überwachungssystem für Ölvorräte, grössere Stabilität der Ölpreise und -lieferungen, einen Energiefonds, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, den Grundbedarf an Öl zu Präferenzpreisen einzuführen, verbesserte Energiesparmassnahmen, beschleunigte Exploration, Investition in alternative Energiequellen und wirksamere Verwendung pflanzlicher Brennstoffe, vor allem Kohle.
- Ein echter Technologietransfer an den Süden, um durch bilaterale und multilaterale Massnahmen eine umfassende Investition in arbeitsintensive Produktionen aufzubauen.
- Koordinierte Massnahmen der Industriestaaten zur Erreichung der Vollbeschäftigung, Wachstum der Realeinkommen, höhere öffentliche Entwicklungshilfe, strukturelle Anpassung an die neuen Muster des Welthandels und Kontrolle der Inflation.
- In den Entwicklungsländern viel stärkeres Gewicht auf Programme für die Befriedigung der Grundbedürfnisse und Investitionen in die menschliche Entwicklung sowie verstärkte industrielle und landwirtschaftliche Produktion mit dem Ziel, zu einem sich selbst tragenden Wachstum und Arbeitsplatzschaffung grossen Stils zu gelangen.
- Ein Abbau der protektionistischen Handelsschranken gekoppelt mit durch einen internationalen Umstellungsfonds gestützten umfassenderen Massnahmen der öffentlichen Hand hinsichtlich Anpassung der Investitionstätigkeit und der Beschäftigung sowie die Aufnahme einer fairen und objektiven Sozialklausel in den GATT-Vertrag, die sich auf die IAO-Urkunden stützt.
- Ein umfassendes Rohstoffprogramm einschliesslich Finanzmittel für die Verarbeitung von Rohstoffen in Entwicklungsländern.
- Ein wirksamer Verhaltenskodex der Vereinten Nationen für transnationale Konzerne (TNK), der die Rolle der TNK bei der Entwicklung regelt, die volle Einbeziehung der Gewerkschaften sicherstellt und die bestehende Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Gesellschaften und Sozialpolitik mit erfasst und einbaut.

Folgearbeit
der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Konferenz

1. Die Mitgliedsorganisationenen sollten ihre Mitglieder über die IBFG-Massnahmen für eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialordnung unterrichten. Die Unterstützung eines weltweit konzertierten Programms für Wachstum und ausgewogene Entwicklung sollte Teil der nationalen Kampagnen der Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit und Armut bilden.
2. Die Mitgliedsorganisationen sollten ihre Regierungen drängen, positiv auf die Empfehlungen des Brandt-Berichts zu reagiern. Der Überblick des IBFG über die Weltwirtschaftslage 1981 sollte herangezogen werden, um die eigenen Vorschläge der Landeszentralen zu Wachstum und Entwicklung zu untermauern.
3. In gewerkschaftlichen Bildungsprogrammen sollte vor allem in Industriestaaten die Notwendigkeit erneuter Anstrengungen hervorgehoben werden, um die Entwicklung des Südens zu beschleunigen. Der IBFG wird an diese Weltkonferenz Seminare und Arbeitskreise auf regionaler Ebene anschliessen.
4. Die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern sollten weiter leistungsfähige, freie und demokratische Organisationen aufbauen. Sie sollten ihre Fähigkeit fördern, Wirtschaftsprobleme zu analysieren und grundsätzliche Vorschläge zur Diskussion mit den Regierungen zu erarbeiten.
5. Die Gewerkschaften in den Industriestaaten sollten zu gewährleisten suchen, dass ein wesentlicher Anteil der Entwicklungshilfe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und sozio-ökonomischen Projekten zugeleitet wird.
6. Nationale Mitgliedsverbände sollten in Zusammenarbeit mit dem IBFG und seinen Regionalorganisationen ihre eigenen Entwicklungsprojekte einleiten. Diese sollten einschliessen: Musterprojekte für Arbeitsplatzbeschaffung, Pojekte zur Entwicklung der Landgebiete, Einschleusung von Frauen und Jugendlichen in den Hauptstrom der Entwicklung, Programme zur Verbesserung des Bildungsniveaus – vor allem Alphabetisierung –, Berufsschulung, Wohnungsbau, Ernährung, sanitäre Einrichtungen und Gesundheitsbetreuung.
7. Der IBFG wird wahrscheinlich mit dem Vorsitzenden des im Oktober in Mexico City geplanten Nord-Süd-Gipfels zusammentreffen, um auf Massnahmen im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen der Neu-Delhi-Konferenz und des Brandt-Berichts zu drängen. Die Mitgliedverbände in den teilnehmenden Ländern sollten ebenfalls mit ihren Regierungen vor dem Gipfel Gespräche führen.

8. Über den gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD werden der IBFG und seine Mitgliedverbände zu gewährleisten suchen, dass die bevorstehende Sitzung des OECD-Ministerrats den gewerkschaftlichen Vorschlägen zu einem konzertierten Globalprogramm für Wachstum und Entwicklung volle Beachtung schenkt; er wird sich auch bemühen, auf die Sitzung der Regierungschefs im Juli in Ottawa in gleicher Weise einzuwirken.

9. Der IBFG wird erneut bei der UN-Generalversammlung darauf drängen, dass die globalen Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung zu einem baldigen positiven Ergebnis gelangen. In ähnlicher Weise sollten die Mitgliedverbände ihren Regierungen die Notwendigkeit einer Verständigung zu Bewusstsein bringen.

10. Der IBFG wird sich um baldige Zusammenkünfte mit dem IWF, der Weltbank und anderen zwischenstaatlichen Stellen bemühen, um bei ihnen auf eine umfassendere Einbeziehung der Gewerkschaften hinzuwirken.

11. Der IBFG-Vorstand wird durch seinen Wirtschafts- und Sozialausschuss regelmässig den Fortschritt überprüfen, der hinsichtlich der Schlussfolgerungen dieser Weltkonferenz erzielt worden ist, und den Mitgliedverbänden Bericht erstatten.